

Der Regierungswechsel 1982 aus der Sicht der SPD*

Hartmut Soell

Der Wechsel im Oktober 1982 beendete eine von zwei sozialdemokratischen Kanzlern geführte Koalitionsregierung, die dreizehn Jahre im Amt war. Ein „langes“ Jahrzehnt, wie in neueren Darstellungen zu lesen ist – selbst dann, wenn die sehr wichtige Beteiligung der SPD an der vorausgegangenen Regierung der Großen Koalition vom Dezember 1966 bis Oktober 1969 am Rande der Betrachtung bleibt. Aber ist es deshalb ein „sozialdemokratisches Jahrzehnt“, wie der Titel einer jüngst erschienen, sehr soliden Studie von Bernd Faulenbach über die SPD der 1970er Jahre lautet¹ oder gar ein „rotes Jahrzehnt“, wie dies der vom Seminarleninismus und -maoismus geheilte Gerd Koenen² vor zehn Jahren provokant formuliert hatte? Ralf Dahrendorfs in den 1990er Jahren formulierte These vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ gehört ohnehin zu jenen Metabegriffen, die sich konkreter historischer Analyse entziehen.

Mit Recht haben andere Autoren auf die Neuformierung, ja den Durchbruch der CDU zur Mitglieder- und Programmpartei in den 1970er Jahren, auf die Wahlerfolge der Union in den Großstädten und bei den Landtagswahlen zwischen 1970 und 1977 sowie bei den Bundestagswahlen 1976 hingewiesen, wo ihr nur 1,41 Prozent an der absoluten Stimmenmehrheit fehlte.

Weshalb bleibt die FDP bei solchen Überschriften außer Betracht? Hatten ihre programmatischen Vorstellungen in der Außen- und Deutschlandpolitik sowie im Inneren auf den Feldern der Rechts- und Verfassungspolitik, der Wirtschaftspolitik und des Umweltschutzes, die Gesetzgebung der von Brandt und Schmidt geführten Regierungen doch entscheidend mitgeprägt. Der von Jürgen Habermas benutzte Begriff der *Fundamentalliberalisierung* der Bundesrepublik schließt das eben Gesagte ein, geht aber in der Tiefenschicht darüber hinaus. Nicht zuletzt deshalb hat die zunächst wegen der Sperrigkeit des Begriffs – „sozialdemokratisch-freidemokratische Koalition“ – von den Journalisten aus Bequemlichkeit verkürzte Bezeichnung „sozialliberale Koalition“ eine inhaltliche Grundierung erhalten. Dieses dritte Jahrzehnt in der Geschichte der Bundesrepublik war für die FDP ihr – nicht nur bis dahin – erfolgreichstes Jahrzehnt. In der Rede des FDP-Parteivorsitzenden Genscher in der Debatte über die Regierungserklärung der neuen Koalition am 13. Oktober

* Ausgearbeitete Fassung des Vortrags anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 24. November 2011 im Bundesrat in Bonn.

1 Bernd Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982. Bonn 2011.

2 Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977. Köln 2001.

1982 im Bundestag schwang noch außerordentlich viel von dem überhöhten Anspruch der Liberalen nach, bei den Grundentscheidungen der Bundesrepublik seit 1949 mit Vernunft und Augenmaß immer auf der richtigen Seite gewesen zu sein: bei den Westbindungen ebenso wie bei den Ostverträgen, in der Wirtschafts- wie in der Sozialpolitik.

Auf diese Weise versuchte er den gerade erst erfolgten Wechsel in die Koalition mit der Union zu legitimieren. Ob die Wähler Genscher, denen er zwei Jahre zuvor, in Wort und Schrift noch verheißen hatte, wer FDP wähle, garantiere, dass Schmidt Kanzler bleibe, dies auch so sehen würden, war nach dem Menetekel der hessischen Landtagswahl zweieinhalb Wochen zuvor, bei der die FDP mit 3,1 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis bei Landtags- und Bundtagswahlen seit 1949 erzielte, zumindest zweifelhaft. Solche Zweifel hegten auch viele Delegierte auf dem turbulent verlaufenen Berliner Parteitag der FDP wenige Wochen später. Genscher konnte für seine Wiederwahl als Vorsitzender nur 222 von 400 Delegiertenstimmen für sich gewinnen.

Diese kurze Betrachtung soll zu sparsamen Umgang mit einer zu pauschalen Kennzeichnung von Regierungszeiten anregen. Denn Regieren heißt keineswegs auch die kulturelle oder gar die „geistig-moralische“ Hegemonie innezuhaben.

Ein erster Blick auf die Bewusstseins- und Seelenlage der SPD im Herbst 1982 – der Fokus muss weitgehend auf die engere Parteiführung und die Bundtagsfraktion begrenzt bleiben – ergibt eine krause Mischung aus Wut über den Koalitionswechsel des bisherigen Partners, aus dem Gefühl der Erleichterung, an der Basis der Partei nicht mehr ungeliebte Kompromisse verteidigen zu müssen, aus nach der Hessenwahl neu erwachtem Kampfgeist und aus Enttäuschung über Helmut Schmidts Verzicht auf eine erneute Kanzlerkandidatur, nachdem die neue Koalition als Termin für die Neuwahl des Bundestages den 6. März 1983 in Aussicht genommen hatte. Im Grunde musste Schmidt froh sein, dass der Kelch einer erneuten Kandidatur auf diese Weise an ihm vorübergegangen war. Dutzende Herzrhythmusstörungen während seiner Zeit als Minister und Kanzler, die der Öffentlichkeit verborgen geblieben waren und erst im Oktober 1981 durch einen Herzschrittmacher reguliert werden konnten, hatten bei ihm zeitweise Zweifel geweckt, ob er das Kanzleramt lebend würde verlassen können.

Willy Brandt versuchte Schmidt dennoch zu einer erneuten Kandidatur zu überreden: Er könne sich nicht vorstellen, „welch persönlichen Erwägungen dagegen sprechen könnten“. Politisch spreche „alles“ für dieses „Opfer“. Die Menschen machten keinen Unterschied zwischen dem von Schmidt vorgeschlagenen Termin für Neuwahlen im Dezember 1982 und den von der neuen Koalition vorgesehenen Termin im März 1983 und erwarteten deshalb, dass er

seine Kandidatur aufrechterhalte.³ Solch „persönliche Erwägungen“ gab es neben den politischen und den gesundheitlichen Gründen bei Schmidt durchaus. Über das Jahr 1982 hinaus zu kandidieren, damit er im günstigsten Fall die vier bis fünf Prozent über die der SPD als Partei zugebilligten Wählerstimmen erzielte, die zur Bildung der von Brandt, Eppler und anderen angestrebten „neuen Mehrheit“ mit den noch regierungsunfähigen Grünen notwendig waren und zugleich seinen politischen Kurs kritisieren sowie seine moralische Substanz grundlegend in Frage stellen zu lassen, wie dies im Sommer 1982 durch Oskar Lafontaine und Günter Gaus geschehen war, dies hielt Schmidt zu Recht für unzumutbar.

Der innere Zustand seiner Partei wie auch das Agieren seines Nachfolgers im September und Oktober 1982, den er drei Tage nach dessen Wahl bei der Amtsübergabe als ersten Kanzler der Nachkriegsgeneration begrüßte, hatte Schmidt überdies stärker als Brandt den Eindruck vermittelt, dass es sich bei Kohls Kanzlerschaft nicht um ein bloßes Intermezzo handeln würde. Im Frühjahr 1982 hatte er – ähnlich wie später Herbert Wehner – seiner Partei für den Fall des Endes der Koalition eine Oppositionszeit von langer Dauer vorausgesagt. Jedenfalls unterschätzte er Kohl jetzt nicht mehr, wie er dies vor allem in den Jahren bis zur Bundestagswahl 1976, gelegentlich auch später – allerdings weniger öffentlich sichtbar – getan hatte.

In den früheren Jahren hatte ihm Kohl einige Gründe für seine Haltung geliefert. Dazu zählte Kohls Nachgiebigkeit gegenüber Strauß und dessen Nein zum Abkommen mit Polen in der Aussiedlerfrage im März 1975 und der Ablehnung der KSZE-Schlussakte im Sommer des gleichen Jahres. Als Kohl in seiner Antwort auf die Regierungserklärung des dritten Kabinetts Schmidt Ende November 1980 diese Fehler korrigierte und die Ostverträge sowie die Schlussakte von Helsinki zu „wesentlichen Komponenten deutscher Außenpolitik“ erklärte, die „richtig ausgelegt, aber auch politisch intensiv im Interesse unseres Volkes und des Friedens genutzt werden“⁴ müssten, hielt Schmidt diese Abwendung von der bisherigen Haltung der Opposition für bemerkenswert und begrüßte sie ausdrücklich.⁵ Dabei blieb ihm sehr bewusst, dass diese von Kohl verdeckt schon früher begonnene, aber unter dem Druck von Strauß nicht durchgehaltene Wende darauf abzielte, der FDP den Koalitionswechsel zu erleichtern.

Nach dem Scheitern der Kanzlerkandidatur von Strauß, den die Liberalen auch schon früher zu Wahlzwecken zu ihrem Intimgegnern erklärt hatten, war

3 Schreiben W. Brandts an H. Schmidt, 11. Oktober 1982, in: Willy Brandt: Berliner Ausgabe. Band 5: Die Partei der Freiheit. Willy Brandt und die SPD 1972–1992, bearb. von Karsten Rudolph. Berlin 2002, Nr. 88, S. 389f.

4 Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, Bd. 117, 6. Sitzung, 26. November 1980, S. 47.

5 Ebd., 8. Sitzung, 28. November 1980, S. 218.

der Weg zu diesem Wechsel wieder offen. Durch die Veränderungen der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und durch den sich intensivierenden und von den Medien angeheizten Streit in der sozialliberalen Koalition, wie ihren finanziellen und sozialökonomischen Folgen zu begegnen sei, war mit Genschers Wendebrief vom August 1981, spätestens seit der Entscheidung der hessischen FDP vom Juni 1982 nach der dortigen Landtagswahl im September mit Dreggers CDU koalieren zu wollen, klar, in welche Konstellation dieser Weg führen würde.

An dieser Stelle sei der Hinweis erlaubt, dass der Zerfall der sozialliberalen Koalition in erster Linie nicht auf persönliche Gegnerschaften und Konstellationen, sondern auf die angedeuteten strukturellen Veränderungen zurückzuführen waren, die teilweise von den Akteuren in ihrem Ausmaß erst verspätet wahrgenommen wurden. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Bundesrepublik nur aus binnenpolitischer Sicht zum „Problemfall“ geworden war. Im internationalen Vergleich schnitt sie nach wie vor gut ab. Dabei hat der jahrelange internationale Druck, weltwirtschaftliche „Lokomotive“ zu spielen, ihren finanzpolitischen Spielraum erheblich verkürzt. Aber die Art und Weise, wie in einer Krise die einzelnen Momente sich verdichteten und zu einer Lösung drängten, gibt auch Auskunft darüber, wie Akteure über das Situative hinaus strukturelle Probleme erkannten und behandelten.

In einer weitverbreitenden Darstellung der Geschichte der Bundesrepublik in den 1980er Jahren werden Kohl und Genscher als die beiden „Zeremonienmeister des Regierungswechsels“⁶ präsentiert. Genschers Rolle war im September 1982 – im Gegensatz zu den Monaten zuvor, wo er sich – wie dies Hans-Peter Schwarz herausgefunden hat – bei Axel Springer im Falle von Neuwahlen die Unterstützung durch dessen publizistische Macht für eine Zweitstimmenkampagne zugunsten seiner Partei versichert hatte – nicht sehr „meisterlich“. Das Tempo, das Schmidt in der Endphase der Auseinandersetzung vorlegte, machte Genschers Fahrplan zur Makulatur. Dieser sah die Inszenierung des Regierungswechsels erst für die Wochen nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern vor. Schmidts Vorgehen lieferte Genscher, den einige Jahre zuvor ein Mitarbeiter im Überschwang noch als „mächtigsten Mann der Republik“ gefeiert hatte, weitgehend Kohls Weitblick aus.

Dieser hatte trotz einer anfänglichen Fehleinschätzung schnell begriffen, welcher zusätzlicher Vorteil ihm Schmidts Taktik verschaffte. In einem Zeitungsinterview am 3. September 1982 hatte Kohl noch Neuwahlen gefordert, wollte aber im Augenblick keinen realistischen Weg dorthin entdecken. Dabei fügte er hinzu: „Eine von der Union geduldete Minderheitsregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt wäre nur möglich, wenn sie in Absprache mit der

6 Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik 1982–1990 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 6). München 2006, S. 22.

Opposition Neuwahlen vorbereitet. Ich sehe noch nicht den Kanzler, der solche Absprachen trifft“.⁷ Als Schmidt vierzehn Tage später im Bundestag das Ende der sozialliberalen Koalition offiziell begründete, kam er mit seiner Bereitschaft zu einer Absprache mit Kohl über Neuwahlen zu spät. In seiner Antwort auf Schmidts direkte Frage, ob er zu seinem Wort stehe,⁸ behauptete Kohl nun, dass die Verfassung den zuerst von ihm und jetzt auch von Schmidt vorgeschlagenen Weg nicht vorsehe.⁹ Die geschriebene Verfassung enthielt zwar keine entsprechende Bestimmung. Aber die 1972 geübte Praxis eröffnete eine Möglichkeit, durch eine Verständigung der Parteien den komplizierten Weg zu vorgezogenen Neuwahlen abzukürzen.

Drei Monate später beschritt Kohl einen ähnlichen Weg, um die von allen Seiten geforderte politische Legitimation für den Koalitionswechsel zu erhalten. Der Unterschied zwischen seinem Vorgehen und dem von 1972 bestand darin, dass es keine Absprache der Regierungsparteien mit der Opposition gab. Vielmehr mussten Abgeordnete von Union und FDP am 17. Dezember 1982 formal gegen Kanzler Kohl stimmen, um den Bundespräsidenten Karl Carstens zu überzeugen, dass der Kanzler über keine Mehrheit mehr verfügte. Es war ein Verfahren, das – wie die abweichenden Voten von Richtern bei der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zeigten –, den Bundespräsidenten an den Rand verfassungswidrigen Handelns brachte.

In diesem Zusammenhang kann ich eine Erfahrung aus meiner eigenen parlamentarischen Praxis nicht unterdrücken. Als einer der Berichtersteller für das Parlaments- und Parteienrecht in der nach der Vereinigung von Bundestag und Bundesrat gebildeten Verfassungskommission hatte ich 1993 ein Selbstauflösungsrecht des Bundestages vorgeschlagen, um künftige Inhaber bzw. Inhaberrinnen des Präsidentenamtes vor solchen Gefahren zu schützen. Um nicht die damals noch großen Parteien zu Lasten der kleinen Parteien zu begünstigen, hatte ich für die Entscheidung über das Selbstauflösungsrechts eine Dreiviertelmehrheit der Abgeordneten des Bundestages vorgesehen. Die Berichtersteller der anderen Fraktionen waren im Grundsatz schon gewonnen, auch wenn über das Quorum (Zweidrittel- oder Dreiviertelmehrheit) noch diskutiert wurde.

Als dieser Vorschlag auf den Widerstand des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker stieß, nahm die CDU/CSU-Fraktion von einer solchen Regelung Abstand. Als ich Herrn von Weizsäcker Jahre später an den Vorgang erinnerte, meinte er, die Entscheidung über vorzeitige Neuwahlen sei eines der wenigen konkreten Rechte, die dem Präsidenten zugewiesen worden seien; die

7 Vgl. Kohls Interview mit der Westfälischen Rundschau, 3. September 1982.

8 Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, Bd. 122, 115. Sitzung, 17. September 1982, S. 7074.

9 Ebd.

wollte er nicht eingeschränkt wissen. Ihm war verborgen geblieben, dass in der Verfassungskommission weitere Vorschläge über die Ausweitung der Rechte des Präsidenten (z. B. die Berufung von Enquetekommissionen sowie einer ständigen Kommission zur Entscheidung über die Parteienfinanzierung und die Abgeordnetenentschädigung) vorlagen, die von Kanzler Kohl abgelehnt wurden.

Das Motiv für die Widersprüchlichkeit der Argumentation Kohls im September 1982 ist schnell ausgemacht. Auch ohne dass Schmidt den Herbst 1972 ausdrücklich erwähnte, war bei ihm die Erinnerung daran präsent genug, um zu wissen, welche Mobilisierung ein noch amtierender Kanzler auslösen konnte, wenn er vom Mythos des „Verrats“, gar des „Königsmords“ – wie es der zur sozialliberalen Koalition stehende FDP-Innenminister Gerhard Baum Wochen zuvor formuliert hatte – zehren konnte. Gewiss ähnelte die Konstellation 1982 nur in Teilen der von 1972. Dennoch war nicht nur die parlamentarische Existenz der FDP auf Bundesebene in Gefahr. Auch die Union hätte ihre seit 1981 in allen Umfragen verheißene absolute Mehrheit nur schwerlich erreichen können. Deshalb war es im genuinen Interesse Kohls, eine solche neue Chance für Schmidt unter allen Umständen zu verhindern. Er setzte zu Recht darauf, dass ein halbes Jahr später dieser Mythos seine Kraft weitgehend eingebüßt haben würde. Deshalb nahm er für den Anfang eine deutlich geminderte Legitimation in Kauf.

In den ersten Tagen nach dem Ende der alten Koalition am 17. September 1982 war nicht klar, ob Strauß, der mit der FDP seit seinem von ihr erzwungenen Rücktritt vom Amte des Verteidigungsministers wegen der Spiegelaffäre 1962 eine alte Rechnung offen hatte, dieses Vorgehen tolerieren würde. Schmidt hatte in den Wochen zuvor aufmerksam Straußens Plädoyer für Neuwahlen noch im Jahr 1982 registriert. Während Schmidt und Kohl ein Verhältnis gegenseitiger persönlicher Abneigung verband, war das Verhältnis zwischen Schmidt und Strauß durch eine Mischung aus Rivalität und Respekt im Sinne der Gleichrangigkeit sowie einer sich meist nur verdeckt äußernden Solidarität der ehemaligen Soldaten des Zweiten Weltkriegs gekennzeichnet.

In den Jahren 1978/79, nachdem Strauß als Ministerpräsident in München zu residieren begann, war es mehrfach – meist am Vorabend von Bundesrats-sitzungen – zu informellen, den Bonner Journalisten verborgen gebliebenen Treffen im Kanzlerbungalow gekommen. Während Straußens Kanzlerkandidatur gab es mehr als ein Jahr Funkstille zwischen beiden. Das einzige registrierte Treffen danach fand Anfang November 1981 statt. Als die Medien dieses einzige Mal Wochen später Wind davon bekamen, gab es ein Rauschen nicht nur im bundesdeutschen Blätterwald. Es ist unschwer zu entschlüsseln, worüber die beiden sprachen: Über die Weltpolitik und die mangelnde Fähigkeit der Russen und der Amerikaner, das Notwendige zu tun und gewiss auch über die nachfolgende Politikergeneration. Dabei kam vermutlich mehr als nur ein

Hauch jener Stimmung auf – um im Kommissjargon zu sprechen –, mit der alte „Frontschweine“ einstmals die Frischlinge begrüßten, die gerade von der Offiziersschule kamen. Ein gehöriges Stück Selbsttäuschung war dabei unvermeidlich.

Für Genscher, Kohl und andere aus der Generation der Flakhelfer und der älteren Hitlerjungen, die teilweise noch in den letzten Kriegsmonaten an Maschinengewehren und Panzerfaust ausgebildet und eingesetzt wurden, waren Tod und Verderben nichts Unbekanntes.

Als Schmidt nach dem Bruch der Koalition seinen Vertrauten Wischniewski nach München schickte, um auszuloten, ob Strauß es mit seiner Forderung nach Neuwahlen noch vor Jahresende ernst meine und ihm dabei anbieten ließ, im Wahlkampf auf jegliche Hilfe durch das Presseamt und auf die sonst der Bundesregierung zur Verfügung stehenden Annehmlichkeiten zu verzichten, hielt sich Strauß mit Rücksicht auf die Wahlen im eigenen Lande am 10. Oktober zurück. Öffentlich machte er zwar weiter keinen Hehl daraus, dass Neuwahlen zum Bundestag noch vor Jahresende anderen Terminen vorzuziehen seien. Wenn er zugleich von einer „Übergangsregierung Kohl“ sprach, war dies nicht nur ein pejorativer Schlenker gegen seinen wenig geliebten „Männerfreund“, sondern vor allem ein Signal, dass er jetzt ebenso wie dieser durch ein weiteres Amtieren eines von Schmidt geführten Minderheitskabinetts bis zur Wahl den schließlichen Erfolg der Union gefährdet sah. Mit dem gegen ihn gerichteten Unterton konnte Kohl leben. Für ihn war entscheidend, dass ihm die CSU nicht den Weg zum konstruktiven Misstrauensvotum verlegte.

Das für die FDP niederschmetternde Ergebnis der Hessenwahl verstärkte die Furcht vor einem neuen Höhenflug des gerade erst ausmanövrierten Schmidt und trieb die Partner der neuen Koalition umso stärker zusammen. Kohl war Nutznießer der dadurch zusätzlich veränderten Lage auf doppelte Weise: Einmal konnte er der FDP die noch dringlicher gewordene Atempause im Überlebenskampf und sich selbst, von der CSU weitgehend unangefochten, schnell die Vorteile des neuen Amtes verschaffen. Zum anderen musste die FDP-Führung für diese Rücksichtnahme einen erheblichen Preis zahlen. Dies galt vornehmlich für die Finanzierung des Haushalts und für das Feld der Sozialpolitik. Während die FDP gegenüber der SPD darauf bestanden hatte, die Nettokreditaufnahme für 1983 auf 28,5 Milliarden zu beschränken, wurde diese jetzt wegen konjunkturell bedingter Mindereinnahmen und Mehrausgaben auf 40 Milliarden erhöht. Eine andere von der SPD wegen der „sozialen Symmetrie“ symbolisch noch höher besetzte Forderung, die nach einer Ergänzungsabgabe für Besserverdienende, die von der FDP zu einem Bruchpunkt der alten Koalition erklärt worden war, wurde von ihr – jetzt mit dem neuen Etikett „Zwangsanleihe“ versehen – der Union zugestanden.

Daneben gab es über das Maß der im Sommer 1982 verabredeten Kürzungen sozialer Leistungen hinaus noch weitere Einschnitte in diesem Bereich. Aber

die Forderungen des Lambsdorff-Papiers, das nach seiner Veröffentlichung am 9. September 1982 etwas vordergründig zum Scheidebrief der alten Koalition erhoben worden war, wurden nur in wenigen Punkten berücksichtigt. Warum?

Die CDU-Sozialausschüsse hatten dieses Papier kaum weniger als die SPD zum sozialpolitischen Gruselkatalog erklärt. Als Volkspartei war die Union in kaum geringerem Umfang als die SPD auch Arbeitnehmerpartei und konnte sich nicht von einer wieder zur bloßen Klientelpartei geschrumpften FDP in ihrer sozialen Kompetenz so plündern lassen, dass sie auf diesem Felde gegenüber einer wieder frei agierenden SPD wehrlos werden würde.

Dennoch musste die Union der Forderung der FDP¹⁰ nach substantiellen Kürzungen des Kindergeldes für Familien mit zwei, drei oder mehr Kindern nachgeben. Hinzu kam neben dem Streichen des Schülerbafög die Verschiebung der nächsten Rentenanpassung um ein halbes Jahr, auf den 1. Juli 1983, die auch die Renten der Unfall- und Kriegsoffer sowie die Altershilfe für Landwirte und die Beamtenpensionen umfasste. Auf diesem Feld sozialstaatlich gestützter Masseneinkommen waren gewiss erhebliche Einsparungen möglich. Aber sie trafen in erster Linie jene sozialen Gruppen, die Heiner Geißler, der neue Familienminister und CDU-Generalsekretär, in seiner Rede auf dem Mannheimer Parteitag der CDU im Juni 1975 in den Mittelpunkt seiner These von der „Neuen sozialen Frage“ gerückt hatte: Familien mit mehreren Kindern, Alleinerziehende, Renterinnen und Rentner sowie die wachsende Zahl der Haushalte von Arbeitslosen mit Kindern – also überwiegend Gruppen, die, wie Geißler seinerzeit zu Recht monierte, als Nichtorganisierte im korporativ organisierten Verteilungskampf des Verbändestaates zu kurz gekommen waren. Geißlers Rede und die nachfolgende Kampagne hatte damals vor allem bei den Sozialdemokraten, obwohl öffentlich uneingestanden, Aha-Effekte erzielt. Das ein Jahrzehnt lang nicht mehr erhöhte Kindergeld wurde in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre in mehreren Etappen nicht zuletzt für Familien mit zwei und mehr Kindern deutlich erhöht. Unausgesprochen – denn aktive Bevölkerungspolitik nach dem Muster des NS- und des DDR-Regimes blieb verpönt – war damit die Absicht verbunden, den durch sozialmoralische Prozesse, vor allem den Wandel in der Prioritätenskala der Werte, sichtbar in den Individualisierungsschüben, nicht zuletzt durch die Frauenbewegung bewirkten und sich seit Anfang der 1970er Jahre beschleunigenden Geburtenrückgang einzudämmen.

Nach den von der neuen Koalition vorgenommenen Kürzungen fiel es den Familien- und Sozialpolitikern der SPD nicht schwer, anklagend den Finger zu heben und dabei auch auf die Kritik von CDU-Abgeordneten aus den Reihen

10 Ende Oktober 1982 wurde Genscher vor der Bundespressekonferenz von Journalisten gefragt, was er mit der Union habe mehr durchsetzen können, als mit der SPD. Er nannte an erster Stelle die Kindergeldkürzungen.

der Katholischen Arbeitnehmerbewegung zu verweisen, wonach die Hauptlast der Sanierung der Staatsfinanzen bisher auf dem Rücken der Arbeitnehmer, Familien und Rentner erfolgt sei. Wirkungen wurden dadurch kaum erzielt. Die Einsparungszwänge hatten die seit den fünfziger Jahren informell bestehende Koalition der Sozialpolitiker von SPD und Union fürs Erste in die Defensive getrieben, weil sie auch im Medienecho für den wachsenden Schuldenberg verantwortlich gemacht wurden, obwohl sich dahinter strukturelle und konjunkturelle Prozesse verbargen, für die sie nur begrenzt haftbar gemacht werden konnten. In den Stellungnahmen aus den Reihen der SPD zur Politik der neuen Koalition rückten in einer Art *damnatio memoriae* die anfänglichen „Erzbösewichter“ – Genscher und Lamsdorff – immer mehr in den Hintergrund und Kohl in den Vordergrund: „Kohl verhöhnt die Mehrkinderfamilie“; „Kohl und das Wachstum der Arbeitslosen“; „Kohls Ausbildungs-, Garantie‘ – ein Hohn“; „Kohl will das Land in eine andere Republik verwandeln“ – so lauteten die Schlagzeilen in den der SPD nahe stehenden Medien.

Nach der Bestätigung der neuen Koalition durch die Wähler am 6. März 1983 – mit einem aus der Sicht Kohls in doppelter Hinsicht idealen Ergebnis – rückte Kohl noch mehr in den Mittelpunkt der Kritik. Jetzt wurde er nicht nur für vermeintliche oder tatsächliche Defizite in der Wirtschafts-, Haushalts- und Arbeitsmarktpolitik, sondern auch für die Umweltpolitik und andere Bereiche verantwortlich gemacht.

Etliche Stellungnahmen waren dabei nicht nur auf Kohls Rolle als die mit höchster Amtsautorität ausgestattete Persönlichkeit im politischen Entscheidungsprozess der Republik zurückzuführen. Wenn diese Kritik aus der zweiten oder dritten Reihe der SPD-Politiker kam, war sie oft genug mit der Spekulation verbunden, die Erwähnung Kohls in der Schlagzeile werde der Kritik mindestens zu ein wenig Echo in den Medien verhelfen.

Waren die Stellungnahmen zu Kohls Vorgehen auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik subtiler? Das hing von den Themen und von den jeweils sich äußernden Personen ab. Da es sich dabei meist um Sprecher aus der ersten Reihe der Opposition – also um Hans-Jochen Vogel, Brandt, Bahr oder Wischnewski – handelte, war die Kritik differenzierter und wies unterschiedliche Akzentsetzungen auf. Nachdem sich Kohl in seiner Regierungserklärung zur Kontinuität in der Ost- und Deutschlandpolitik bekannt und seine Bereitschaft zum Konsens mit der Opposition in den Grundfragen der Außen- und Sicherheitspolitik erklärt hatte, knüpfte die SPD-Führung zwar an dieses Versprechen an. Aber ein gewisser Verdacht besonders in der Frage des Doppelbeschlusses der NATO vom Dezember 1979 blieb bestehen und stärkte die Reihen derer in der SPD, die sich vom zweiten Teil dieses Beschlusses – der Notwendigkeit der Nachrüstung, falls es in den laufenden Verhandlungen über die Atomwaffen mittlerer Reichweite, die sogenannten eurostrategischen Waffen, zwischen den USA und der Sowjetunion nicht gelingen würde, die beträchtliche Vor-

rüstung in Gestalt der SS 20 gänzlich abzubauen – mehr und mehr verabschiedeten.

Woher kam dieser Verdacht? Kohl hatte den sicherheitspolitischen Sprecher der CDU, Manfred Wörner, zum Verteidigungsminister gemacht. Dieser hatte sich seit 1977 immer stärker auf die Seite jener Gruppen in Washington geschlagen, die im Pentagon, im Kongress und im Weißen Haus darauf drangen, die durch die in den SALT-Abkommen zwischen Washington und Moskau geschaffene faktische Neutralisierung der sogenannten strategischen Waffen beider Weltmächte wieder ein Stück weit rückgängig zu machen, und so die bis in die 1960er Jahre angeblich bestehende amerikanische „Eskalationsdominanz“ wieder herzustellen. Bei diesem hochabstrakten Kalkül im Sinne von Herman Kahns 44 Eskalationsstufen („On Escalation“, 1965)¹¹ blieb die Reaktion der europäischen Völker und deren Politiker völlig unberücksichtigt. In seiner Einleitung zur deutschen Übersetzung dieser Studie von Kahn¹² hatte Schmidt damals klar gemacht, dass beim Überschreiten der zwanzigsten Stufe und den darauffolgenden Einsatz von Kernwaffen das Schicksal Europas und damit Deutschlands besiegelt sein würde. Deshalb sei die Politik dazu aufgerufen, ein solches Schicksal abzuwenden.

Wörner war aber von diesem Denken so fasziniert, dass er im Winter 1979 in Kalifornien forderte, wenn die USA, damals geführt von Jimmy Carter, den Europäern diese Waffe vorenthielten, müssten die Letzteren diese Waffe – es ging vor allem um Marschflugkörper – selbst bauen.¹³ Der Doppelbeschluss der NATO vom Dezember 1979 hatte zwar solche Überlegungen zunächst gegenstandslos gemacht.

Aber die in diesem Bereich als Idealergebnis angestrebte „Null-Lösung“ – der Verzicht auf eine westliche Nachrüstung, falls die sowjetische Vorrüstung beseitigt würde – wurde von der Union, wie noch die Reden von Kohl und Strauß im September 1981 im Bundestag unterstrichen, für völlig unrealistisch gehalten.

Wörner hatte bei seinem ersten Besuch in Washington als Verteidigungsminister Anfang November 1982 erklärt, die für die westliche Nachrüstung vorgesehenen Mittelstreckenraketen würden im Herbst 1983 stationiert, falls die Genfer Verhandlungen bis dahin nicht zu einem Ergebnis kämen. Aber anschließend könne weiter verhandelt werden, was einen Abbau der Raketen bei einem späteren Verhandlungserfolg möglich mache.

11 Herman Kahn: On escalation: metaphors and scenarios. New York 1965.

12 Ders.: Eskalation: Die Politik mit der Vernichtungsspirale. Mit einer Einleitung von Helmut Schmidt. Frankfurt a. M. 1970.

13 H. Schmidt hat im Bundestag diesen Vorstoß Wörners zurückgewiesen; vgl. Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, Bd. 108, 131. Sitzung, 24. Januar 1979, S. 10345.

Der von der SPD-Führung zum Kanzlerkandidaten ausgerufene Hans-Jochen Vogel erwiderte sogleich¹⁴, Wörner laufe Gefahr, den Konsens der im Bundestag vertretenen Parteien zu verlassen, wonach es keinen Automatismus für die Stationierung der neuen Raketen in Westeuropa geben dürfe. Der NATO-Doppelbeschluss sehe ausdrücklich vor, dass der Bedarf an Nachrüstung „im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse geprüft“ werden solle. Wer den damit normierten Vorrang einer Verhandlungslösung vor der Nachrüstung in Frage stelle, handele nicht im deutschen und europäischen Interesse. Vogel ging davon aus, dass Bundeskanzler Kohl ebenso wie die SPD dringend interessiert sei, alle gegebenen Chancen zu nutzen, um eine Fortsetzung des Rüstungswettlaufs zu verhindern. Es wäre zu begrüßen, so hieß es bei Vogel weiter, wenn der Kanzler noch vor Antritt seiner Reise in die USA für Klarheit Sorge.

Vogel unternahm hier den Versuch, Kohls Kontinuitätsversprechen im Sinne der sich nach Schmidts Abgang vom Nachrüstungsteil des Doppelbeschlusses wegbewegenden SPD-Positionen zu nutzen, ohne Schmidt, auf dessen Politik er sich zuvor berufen hatte, zu düpieren. Neben den Schwierigkeiten dieses Spagats kam für die SPD ein weiteres Dilemma hinzu: Schmidt war in Guadeloupe im Januar 1979 zwar Mitautor des späteren Doppelbeschlusses gewesen. Aber als einziger der dort Beteiligten vertrat er einen Staat, der auf Atomwaffen verzichtet hatte.

Weder saß die Bundesrepublik wie bei den Wiener Verhandlungen über die Reduzierung konventioneller Truppen in Mitteleuropa am Verhandlungstisch, noch konnte sie – wie dort mit der Bundeswehr, der konventionell am stärksten bewaffneten Macht Westeuropas – Masse einbringen. Die Bundesrepublik blieb darauf verwiesen, die USA und die Sowjetunion, die seit Ende 1981 in Genf über die Mittelstreckenraketen verhandelten und dabei ihre jeweiligen Interessen zu wahren suchten, auf diplomatischem Wege zu beeinflussen.

Bei den USA fiel dies zunächst leichter, da Washington mit dem NATO-Doppelbeschluss und mit der damit verbundenen Null-Lösung als dem optimalen Ziel eine vom Bündnis getragene Eröffnungsposition besaß. Moskau hingegen hatte zu Beginn der Verhandlungen ein dickes Paket von Vorschlägen präsentiert: Das inzwischen noch stärker angewachsene Potential an SS-20 sollte mit den auf westlicher Seite existierenden Raketen kürzerer Reichweite, mit amerikanischen Flugzeugen als Träger von Atomwaffen – land- wie seegestützt – sowie mit den britischen und französischen Atomwaffen verrechnet werden. Aus sowjetischer Sicht bestand angeblich schon eine westliche Überlegenheit, und eine Reduzierung der SS-20 sei deshalb nicht erforderlich.

14 Hans-Jochen Vogel: Den Konsens nicht verspielen – Kohl sollte sicherheitspolitisch Klarheit schaffen, in: SPD-Pressedienst, 37. Jg., Nr. 214 vom 10. November 1982.

Tatsächlich waren bei den in den SALT-Abkommen enthaltenen Berechnungen die britischen und französischen Raketen schon teilweise berücksichtigt worden. Aber dies blieb geheim, weil die USA ihre Verbündeten nicht verprellen wollten. Dies verschaffte Moskau erhebliche propagandistische Vorteile. Nach der Bundestagswahl 1980 hatte die anwachsende nuklearpazifistische Bewegung auch Teile der SPD und – was heute meist vergessen wird – auch der FDP erreicht. Auf dem Kölner Parteitag der FDP im Mai 1981 stimmte ein gutes Drittel der Delegierten gegen die sich aus dem Doppelbeschluss ergebenden Konsequenzen für den Fall der Fälle. Ihre Zahl war kaum geringer als die derjenigen Delegierten, die sich im April 1982 auf dem SPD-Parteitag in München für ein Stationierungsmoratorium entschieden.

Hinter Genscher späterer Begründung, er habe die Koalition gewechselt, weil die SPD sich vom Doppelbeschluss verabschiedet habe, ist auch deshalb ein Fragezeichen angebracht, weil im Sommer 1982 der FDP-Ausschuss für Friedens- und Sicherheitspolitik einem Papier Jürgen Möllemanns zustimmte, in dem gefordert wurde, Frankreich und Großbritannien sollten auf Atomwaffen verzichten, um die Genfer Verhandlungen zu erleichtern. Möllemann wurde nach dem Wechsel Staatsminister im Auswärtigen Amt und galt im Bonner Politjargon auch sonst als Genschers „Minenhund“.

Die SPD war auf dem Münchner Parteitag nicht ganz so weit gegangen wie Möllemann. In ihrem sicherheitspolitischem Beschluss hieß es: „Für das Gleichgewicht zwischen Ost und West werden die französischen und britischen Nuklearwaffen zu berücksichtigen sein.“

Die Briten scherten sich um solche Beschlüsse wenig, wohl aber die französische Politik. Die Verfasser dieses Teils der SPD-Entschliebung hatten offenkundig noch Erklärungen François Mitterrands aus den späten 1970er Jahren in Erinnerung, wonach ein Teil der taktischen Atomwaffen Frankreichs abgebaut, ein weiterer Teil – insbesondere die in den Nordvogesen stationierten, auf das Gefechtsfeld Bundesrepublik zielenden Kurzstreckenraketen – mit größerer Reichweite ausgestattet werden sollten und Frankreich sich an den Verhandlungen über die Verminderung strategischer Waffen beteiligen wolle.

Aber damals war Mitterrand in der Opposition. Im Mai 1981 zum Präsidenten gewählt, bewegte er sich künftig in dieser Hinsicht voll in der Kontinuität seines Vorgängers Giscard d'Estaing, der im Januar 1979 in Guadeloupe, also auf „heimischen“ Boden, die Grundidee des Doppelbeschlusses – vermutlich nach vorausgegangenen Zwiegesprächen mit Helmut Schmidt – formuliert hatte. Warum?

Die SS-20 bedrohte auch Frankreich. Eine vermutlich notwendige Nachrüstung hätte überdies den Vorteil gehabt, dass etliche SS-20, die auf die heilige Erde Frankreichs zielten, künftig auf Ziele außerhalb gerichtet werden mussten. Giscard d'Estaing hatte sich in Guadeloupe zudem ausbedungen, dass

künftige Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen französische Modernisierungsprogramme in diesem Bereich nicht einschränken dürften.

Schon in den Gesprächen Schmidts mit Mitterrand nach dessen Wahl 1981/82, spätestens bei Kohls Antrittsbesuch in Paris im Oktober 1982 war deutlich geworden, dass die französische Politik den Doppelbeschluss nachhaltig unterstützte. Dennoch reagierte die bundesdeutsche Öffentlichkeit erstaunt und die SPD-Führung – Schmidt und sein Anhang ausgenommen – sehr verärgert, dass Mitterrand in seiner Rede vor dem Bundestag zum zwanzigjährigen Jubiläum des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrags am 20. Januar 1983 aus dieser Haltung keinen Hehl machte.

Für die Befürworter der Umorientierung in dieser Frage um Brandt und Bahr war die jetzt so offen gewordene französische Haltung auch deshalb enttäuschend, weil sie zu lange auf ein ideologisches Einvernehmen mit dem Sozialisten Mitterrand gesetzt hatten. Sozialdemokratischer Einfluss auf die konservativen Regierungen in Washington¹⁵ und London war ohnehin nicht mehr vorhanden. Bestand wenigstens gegenüber Moskau, wo die SPD-Führung seit dem Moskauer Vertrag von 1970 einen gewissen Vertrauensvorschuss besaß, eine Einflussmöglichkeit?

In einem Vermerk vom 20. Juli 1983, der an Brandt und Vogel ging, hielt Egon Bahr Ergebnisse seiner jüngsten Gespräche in Moskau fest. Darin hieß es: „Der Kohl-Besuch“ – der kurz zuvor stattgefunden hatte – „wird unterschiedlich beurteilt. Es gibt auch Stimmen, die ihn für die Sowjetunion negativ sehen, weil er ihm ermöglicht hat, bei der Rückkehr so zu tun, als könne alles im wesentlichen weitergehen, wenn stationiert wird. Moskau will nicht dramatisieren, so dass es als Drohung verstanden wird, aber auch nicht zur Entdramatisierung beitragen. Der Mann selbst wird in seinen bilateralen Ansichten geschätzt. Als bloßer Interpret amerikanischer Argumente lächelt man über ihn. Er hat sich selbst auf den Stand August 1970 reduziert: Der Moskauer Vertrag gilt. Was daraus an Zusätzlichem über das bilateral Hinausgehende [an] Einflußbonus [?] wird, bleibt abzuwarten.“¹⁶

Dieses Dokument offenbart ein hohes Maß an Ambivalenz: Auf der einen Seite Enttäuschung darüber, dass er – Mitautor des Moskauer Vertrags – nicht mehr selbst als vielfältig privilegierter Vertreter aus der Regierung in Bonn, sondern nur noch als Beobachter aus den Reihen der Opposition wahrgenommen wurde. Auf der anderen Seite Ernüchterung darüber, dass die sowjetische

15 Vgl. den Brief H.-J. Vogels an den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan vom 18. Februar 1983, in dem die Haltung der SPD erläutert wurde; er stieß in Washington offenbar auf kühle Ablehnung; der Brief Vogels in: Privatarchiv Helmut Schmidt (Hamburg).

16 Egon Bahr, Vermerk für Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel, 20. Juli 1983, in: Willy-Brandt-Archiv, W. Brandt als Parteivorsitzender/Verbindungen zu Mitgliedern des Präsidiums, Mappe 51, in: Archiv der Sozialen Demokratie.

Politik trotz ihrer Propaganda gegen die Stationierung mittelfristig wieder zur Tagesordnung übergehen würde.

Kurzfristig fehlte es in den Monaten vor der Bonner Stationierungsentscheidung Ende November 1983 keineswegs an dramatisierenden Warnungen Moskaus. Hinzu kam der Druck der „Friedensbewegung“, in die sich auch die Mehrheit der SPD unter Führung Brandts einzureihen begann. Die Tatsache, dass dieser Druck auch an Helmut Kohl nicht spurlos vorüberging, erhellte seine Antwort auf die Kritik Helmut Schmidts an Heiner Geißlers rüdem Angriff auf die SPD im September 1983, die dieser als „fünfte Kolonne“ der Sowjetunion, „der mächtigsten Diktatur der Weltgeschichte“ verunglimpft hatte. Während Kohl im ersten Teil seines Briefes auf Schmidts Hinweis, der beleidigende Begriff „Fünfte Kolonne“ stamme aus dem Propagandaarsenal der spanischen Faschisten, wenig überzeugend argumentierte, zielte er im zweiten Teil treffsicher auf Schmidts Achillesferse. „Der liebe Kollege Schmidt“ solle auch einmal über die Empfindungen der Christdemokraten nachdenken, die täglich den Diffamierungen seiner politischen Freunde ausgesetzt seien, „weil wir die von Ihnen wesentlich mitentworfene Politik des NATO-Doppelbeschlusses vertreten.“¹⁷ Es war verständlich, dass Kohl in diesen besonders „bewegten“ Wochen des Herbstes 1983 auf diese Weise reagierte. Es wäre fast übermenschlich gewesen, auf den Vorteil zu verzichten, seinen Vorgänger – einmal mehr – zum Kronzeugen gegen die eigene Partei zu machen. Schmidts Dilemma, seinen eigenen Standpunkt zu behaupten und mit der Partei, der er seit bald vier Jahrzehnten angehörte, nicht zu brechen, trat nicht nur hier unverhüllt zu Tage.

Als es einige Wochen später im Bundestag zur Entscheidung über die Stationierung kam, stimmten er und weitere 13 Abgeordnete der SPD nicht, wie die große Mehrheit seiner Fraktionskollegen, gegen die Stationierung. Er lehnte aber auch den Entschließungsentwurf der Koalitionsfraktionen ab. Dies geschah weniger aus Rücksicht auf die eigene Fraktion, sondern vor allem aus zwei Gründen, die indirekt zusammenhingen. Seinem Nachfolger warf er vor, nach dem Bekanntwerden des zwischen den Unterhändlern Nitze und Kwizinski in Genf ausgehandelten Kompromisses über die Mittelstreckenwaffen im Juli 1982 – er selbst hatte zuvor Nitze einen solchen Kompromiss vorgeschlagen¹⁸, der von Moskau und Washington später abgelehnt wurde –, „nicht um-

17 Vgl. H. Schmidt an Bundeskanzler Kohl, 19. September 1983; Bundeskanzler Kohl an H. Schmidt, 4. Oktober 1983, beide Briefe in: Privatarchiv Helmut Schmidt (Hamburg).

18 Strobe Talbott (Raketenschach, engl. New York 1983, dt. München u. a. 1984, S. 196ff.) hat zu Recht vermutet, dass der sog. Waldspaziergang-Kompromiss vom Juli 1982, den Paul Nitze vorgeschlagen hatte, auf einen Vorschlag von H. Schmidt zurückgeht; vgl. Hartmut Soell: Helmut Schmidt. Bd. 2. München 2008, S. 856f.

sichtig und tatkräftig [...] durch drängende Arbeitsbesuche¹⁹ in diesen beiden Hauptstädten reagiert zu haben.

Führenden Sprechern der Union, vor allem aus den Reihen der CSU, warf er vor, den Verhandlungsteil des Doppelbeschlusses als Geburtsfehler von Anfang an und den Beschluss selbst als ein Eingeständnis des Scheiterns der Politik der Entspannung behandelt zu haben.

Eine auf Entspannung und Zusammenarbeit gerichtete Politik auf der Basis des Gleichgewichts – daran hielt er unverbrüchlich fest – werde, so prophezeite er am Schluss seiner Rede, schließlich zu einer Friedensordnung in Europa führen, „in der beide Teile unserer Nation zueinander finden können“.²⁰

Im Hinblick auf diese Chance stimmte er mit seinem Nachfolger überein, der durch seine Standfestigkeit bei der Nachrüstung eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen hat, dass aus der Chance Jahre später Realität werden konnte.

19 Vgl. Protokoll des a. o. Parteitags der SPD in Köln am 18./19. November 1983, S. 113.

20 Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, Bd. 126, 35. Sitzung, 21. November 1983, S. 2379.